

Neue Gemeinden brauchen Anpassungsstrategien

Kommunen im ländlichen Raum legen erste Handlungsprogramme zur Gestaltung des demografischen Wandels vor



Bürgerforum im Dorfgemeinschaftshaus in Hermsdorf (Gemeinde Hohe Börde, 2011)
Foto: Christian Ackermann



Wohnen für Generationen - Umbau der ehemaligen Sekundarschule im Ortsteil Kläden der Einheitsgemeinde Stadt Bismark (Altmark, 2011)
Foto: Verena Schlüsselburg

Anpassungsstrategien stellen sich als notwendige informelle Planungsdokumente heraus, um sowohl Politik und Verwaltung als auch die interessierte Öffentlichkeit für die Folgewirkungen des demografischen Wandels zu sensibilisieren. Nachweisbar ist in diesem Zusammenhang, dass kommunale Akteure bei der Befassung mit dem Thema „enger zusammenrücken“. Zu diesem Ergebnis kommen die Autoren zweier Untersuchungen aus dem ländlichen Raum Sachsen-Anhalts. Von Dezember 2010 bis Januar 2012 wurden in den Einheitsgemeinden Hohe Börde (Landkreis Börde) und Stadt Bismark/Altmark (Landkreis Stendal) Strategien für die Gestaltung des demografischen Wandels erarbeitet. Die Modellprojekte wurden im Rahmen der „Demografie-Richtlinie“ des Landes durch das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr unterstützt.

Der „Findungsprozess“ im Ergebnis der kommunalen Gebietsreform hat mitunter von wichtigen Entwicklungsfragen „abgelenkt“. Die Inangriffnahme einer Anpassungsstrategie kam sozusagen „zur rechten Zeit“, um sich Zukunftsfragen zuzuwenden. In den beiden Einheitsgemeinden fehlten für die neue Gebietskulisse bisher konzeptionelle Programme, die strukturprägende Maßnahmen für einen längeren Zeitraum fixieren und einen auf Konsens ausgerichteten Handlungsrahmen für die Kommunalpolitik abstecken. Die jetzt vorliegenden Programme zur Anpassung an den demografischen Wandel helfen, dieses Defizit auszugleichen.

Die jeweils auf den Internetseiten der Gemeinden veröffentlichten Strategien konzentrieren sich auf Handlungsbereiche, in denen kommunale Politik und Verwaltung de facto Einfluss nehmen können (z. B. Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen, Feuerwehr, zivilgesellschaftliche Einrichtungen, Kooperationsstrukturen des bürgerschaftlichen Engagements u. Ä.). Viele der Handlungsempfehlungen werden zwischenzeitlich mit Leben erfüllt. Runde Tische und Gesprächskreise u. a. zur Zukunft der Kindertagesstätten und Schulen gehören ebenso dazu wie die Bildung eines Seniorenbeirats in der Hohen Börde. Für die Akzeptanz der Arbeiten war die unvoreingenommene Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit entscheidend.

Durch Fachgespräche, Bürgerforen, ausführliche Beratungen im Stadt- bzw. Gemeinderat sowie in Fachausschüssen und Ortschaftsräten und eine intensive Begleitung des Diskussionsprozesses durch die regionale Presse konnten die Beteiligten dafür gewonnen werden, gemeinsam an der Zukunft der Gemeinde mitzuwirken. Auch die kürzlich veröffentlichte Demografie-Strategie der Bundesregierung legt viel Wert darauf, dass bei regionalen Entscheidungsprozessen bewährte Instrumente und Methoden des Bottom-up-Ansatzes angewendet werden, um breite Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen vor Ort zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund hat Sachsen-Anhalt mit Modellvorhaben wie denen

in der Hohen Börde und in der Stadt Bismark (Altmark) wertvolle Erfahrungen sammeln können.

KONTAKTDATEN

Gemeinde Hohe Börde
Bördestraße 8
39167 Hohe Börde OT Irxleben

Ihre Ansprechpartnerin
Bürgermeisterin Steffi Trittel
Tel.: 039204/7810

trittel@hohe-boerde.de
www.hohe-boerde.de

Einheitsgemeinde Stadt
Bismark (Altmark)
Breite Straße 11
39629 Bismark

Ihre Ansprechpartnerin
Bürgermeisterin Verena Schlüsselburg

Tel.: 039089/976-0
kontakt@stadt-bismark.de
www.stadt-bismark.de

Wissenschaftliche Begleitung und
Moderation

Dr. Bock & Partner GbR
Marktplatz 23
06108 Halle (Saale)

Ihr Ansprechpartner
Geschäftsführer Dr. Wolfgang Bock
Tel.: 0345/686 7053

bock@bock-consult.com
www.bock-consult.com